

Sessionsforum Herbstsession 2017, SN vom 30.9.2017

Martina Munz, Nationalrätin

Bundesratswahl, viele Initiativen und der Kampf ums liebe Geld

Die Politik lebt vor allem vom Engagement der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Zeuge davon sind die fast tausend Abstimmungen im Nationalrat in den vier letzten Sessionen.

Der Herbst in Bundesbern war äusserlich geprägt von der Ersatzwahl in den Bundesrat. Ein Tessiner Zweier-Ticket hätte den Tessiner Anspruch mit einer fairen Auswahl vereinen können. Doch die fähige Frau unterlag dem Machtpoker und musste vorzeitig über die Klinge springen.

Gleichzeitig war das Bundesparlament in dieser Herbstsession mit sechs Volksinitiativen beschäftigt. Sie kommen voraussichtlich im nächsten Jahr zur Abstimmung. Bei der No-Billag-Initiative meldeten sich im Nationalrat 69 Rednerinnen und Redner zu Wort. Überraschend deutlich lehnte der Nationalrat diese Initiative und auch den Gegenvorschlag ab. Kein privater Sender würde die kleine Schweiz in allen vier Sprachregionen mit eigenständigen Programmen versorgen. Eine Berlusconisierung der Medien würde unsere lebendige Demokratie gefährden. Die SRG ist zwar gebührenfinanziert, nimmt aber im internationalen Rating bezüglich Unabhängigkeit einen Spitzenplatz ein. Das Bewusstsein für die kulturelle Vielfalt der Schweiz war gross. Erstaunlich, dass die am stärksten heimatverbundenen Kreise den Wert der SRG nicht erkennen.

Erst letzten Sonntag haben wir über die Ernährungssicherheit abgestimmt. Diese Woche wurde im Nationalrat die Fairfood-Initiative als nächste Landwirtschaftsinitiative diskutiert. Sie fordert ökologische und soziale Standards für inländische und insbesondere auch für importierte Nahrungsmittel, damit regionale und nachhaltig produzierte Lebensmittel eine faire Chance erhalten. Vier weitere Landwirtschaftsinitiativen sind in der Pipeline. Drei davon verlangen mehr Ökologie und weniger Pestizide in der Landwirtschaft. Meldungen über die Pestizidcocktails in Bächen haben die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert. In der Schweiz werden deutlich höhere Mengen Pestizide pro Hektare ausgebracht als in unseren Nachbarländern, obschon bei uns für Direktzahlungen ein ökologischer Leistungsnachweis erforderlich ist. Es liegt im Interesse der Landwirtschaft und ihrer Branchen zu handeln, bevor radikale Initiativen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gänzlich verbieten. Vor einer Woche hat der Bundesrat seinen Aktionsplan Pestizide präsentiert. Leider ist dieser wenig ambitiös, um diesen Initiativen die Stirne zu bieten.

Hinter den Kulissen sorgte die Ankündigung, im Bereich der Bildung jährlich über 200 Millionen zu sparen, für Empörung. Im letzten Herbst hat das Parlament die finanziellen Mittel für die Bildung erhöht. Mehr Studierende, der zusätzliche Lehrgang Medizin sowie die Stärkung der Berufsbildung machten diese zusätzlichen Gelder nötig. Trotzdem kürzte der Bundesrat die Mittel für den Bildungsbereich jetzt sogar stärker als die bewilligte Aufstockung vom Vorjahr. Diese Kürzung wird beantragt, obschon die Bedeutung des ETH-Bereichs als Innovationsmotor für die Schweiz unbestritten ist. Gleichzeitig kündigt der Bundesrat eine Digitalisierungsoffensive für 150 Millionen Franken an, ohne die Finanzierung offen zu legen. Solche Stop-and-Go-Politik schadet der Schweiz.

Bei Sparbemühungen werden immer die ungebundenen Ausgaben gekürzt. Das sind im Wesentlichen die vier Bereiche Landesverteidigung, Landwirtschaft,

Bildung und Entwicklungszusammenarbeit. Landesverteidigung und Landwirtschaft kommen aber in der Regel ungeschoren davon.

Letztes Jahr wurden die Verteidigungsausgaben auf fünf Milliarden Franken erhöht. Diese Erhöhung wurde jetzt aber nicht gekürzt wie bei der Bildung. Im Gegenteil, der Ständerat hat eine weitere Ausgabe von 225 Millionen Franken für umstrittene Munitionsanschaffungen bewilligt. Vor dem Hintergrund der Budgetkürzungen im Bildungsbereich ist dieser Entscheid des Ständerats unverständlich.